
Wolfgang Lutz

Identitätspolitik qua symbolische Regionalpolitik. Das Beispiel Sachsen

1. Zur Fragestellung

Der Titel meines Vortrags wird eine Reihe von Einwänden provozieren. Ich vermute, daß besonders die *Akzeptanz* und *Relevanz* solcher Untersuchungen in Frage steht. So beklagt sich zum Beispiel Grabmann darüber, daß „Forschungen über Bayern (noch?) der Geruch der Provinzialität und der Verdacht der allzu großen Anpassung an politische Herrschaftsverhältnisse anhaftet“.¹

Das dürfte im Falle sozialwissenschaftlicher Forschungen, die sich mit Sachsen beschäftigen, nicht anders sein. Man setzt sich leicht dem Mißverständnis aus, daß es sich um bloße Hilfestellungen für politisch gesteuerte Strategien des Regionalmarketings mit eindeutig ideologischer Note handelt, daß Wissenschaft hier als Magd der Politik agiert.

Zugegeben, zu solchen Mißverständnissen gibt es durchaus Anlaß. Verwiesen sei nur auf die kürzlich von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung herausgegebene Verlagsbeilage unter dem Titel „Innovationsstandort Sachsen“, an der sicher auch Wissenschaftler mitgewirkt haben. Wir finden hier unter anderem die folgenden Überschriften:

- „Land der Tüftler. Sachsen behauptet sich als ostdeutsche Technologieregion“,
- „Tätig und industriös. Unternehmerische Tradition und Innovationsfreude zeichnen den Freistaat aus“,
- „Blick zurück nach vorn. Städtebauliche Tradition und unternehmerische Innovation in Dresden“.²

Angesichts eines solchen doch etwas getriebenen „Blickes zurück nach vorn“ scheint ernstzunehmender Wissenschaft nur ein Weg zu bleiben, nämlich, sich um die ideologiekritische Dekonstruktion dieses „falschen“, von politischen Funktionseleiten in manipulativer Absicht erzeugten, Bewußtseins zu bemühen.

1 B. Grabmann, Ethnizität und kollektive Identität in Schottland und Bayern, in: R. Hettlage u.a. (Hrsg.), *Kollektive Identität in Krisen. Ethnizität in Region, Nation, Europa*, Opladen 1997, S. 163.

2 Verlagsbeilage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 118, 22. Mai 2001.

Dennoch haben wir versucht, im Teilprojekt A6 des Sonderforschungsbereichs 417 einen anderen Weg zu gehen, einen Weg jenseits politischer Hilfestellung und ideologiekritischer Zerstörung. Es geht uns um die Untersuchung des Konstruktionsprozesses regionaler Identität im politischen Diskurs am Beispiel Sachsen, also um die Frage, welche Leitmodelle der Region von der politischen Elite als Angebote zur Identitätsstiftung entwickelt werden.

Dabei interessieren uns vor allem:

- die *Kontexte* (welche Interessen „bedient“ werden),
- die *Akteure* (welche Absichten/Ziele zugrunde liegen),
- die *Diskurse* (welche diskursiven Techniken der Identitätskonstruktion verwandt werden).

In diesem Zusammenhang grenzen wir uns ab vom Standpunkt „bloß symbolischer Regionalpolitik“, der in dieser Art von Politik nichts anderes als Regionsrhetorik sieht, mit der die Machtlosigkeit regionaler Eliten im Zeitalter der Globalisierung symbolisch kompensiert werden soll. Allerdings folgen wir auch nicht der naheliegenden Reduktion regionenbezogener Identitätspolitik auf Imagepolitik³, wie sie etwa in der Frage „Wie kann man Sachsen besser verkaufen“⁴ zum Ausdruck kommt.

Nach unserer Auffassung ersetzt symbolische Regionalpolitik zwar nicht „harte“ regionale Strukturpolitik, aber sie ist deshalb nicht dysfunktional oder gar antimodern. Es geht darum, die endogenen Humanressourcen von Regionen zu erschließen.

Das dem Projektansatz zugrundeliegende Verständnis symbolischer Regionalpolitik soll in *drei Schwerpunkten* entwickelt werden, wobei den Überlegungen jeweils eine These vorangestellt wird. Zunächst will ich auf die Frage eingehen, welchen Platz das Konzept symbolischer Regionalpolitik im Rahmen der politikwissenschaftlichen Suche nach einem zeitgemäßen Ansatz regionaler Politik einnehmen könnte.⁵

3 Siehe S. Bleier, Identitätsmarketing in künstlichen Gebilden. Die Fälle Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt, in: W. Reese-Schäfer (Hrsg.), Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung, Opladen 1999, S. 205-230.

4 Siehe K. Biedenkopf, Standortmarketing. „Wie können wir Sachsen verkaufen?“, in: H. J. Schmengler, Marketing-Praxis. Jahrbuch 1999, Düsseldorf 1999, S. 91-97.

5 Dabei sei allerdings vorab vor zu viel Euphorie gewarnt, was die Möglichkeiten der Einigung auf *ein* Konzept der Region bzw. Regionalpolitik betrifft. Wie Rohe hervorhebt, hat die Politikwissenschaft bis heute keinen einheitlichen Begriff der Region entwickelt, geschweige denn eine Theorie der Region bzw. der Regionalpolitik (vgl. K. Rohe, Die Region als Forschungsgegenstand in der Politikwissenschaft, in: G. Brunn (Hrsg.), Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde, Baden-Baden 1996, S. 105).

2. Rationale Regionalpolitik ohne Regionalbewußtsein? Einordnung des Problems in aktuelle politikwissenschaftliche Debatten

Die Ausgangsthese lautet:

Vorstellungen einer rationalen Regionalpolitik ohne Regionalbewußtsein⁶ laufen auf eine technokratische Politik hinaus, der es nicht gelingt, die Bewohner mitzunehmen. Symbolische Regionalpolitik setzt an diesem Defizit an. Als spezifische Mobilisierungsstrategie versucht sie, die aus den systemischen Modernisierungserfordernissen resultierenden Verhaltensstandards mit den lebensweltlichen Orientierungsbedürfnissen kurz zu schließen.

Beginnen will ich mit einem naheliegenden Einwand. Er beruft sich auf eine weithin akzeptierte Bestimmung des Politischen als Handeln im Feld des Symbolischen.⁷ Politische Macht ist zu wesentlichen Teilen Symbolmacht, Kampf mit und um Symbole. Gerade weil und insofern Politik auf die Herstellung eines gemeinsamen Willens zielt, schließt sie immer symbolische Handlungen, rituelle Akte ein. Insofern, so lautet der Einwand, ist dieser Begriff der symbolischen Regionalpolitik trivial, denn er rekurriert nur auf das, was sowieso schon jeder weiß. Tatsächlich muß der Begriff – abgehoben von diesem allgemeinen Verständnis, mit dem lediglich ein Wesenszug jeglicher Politik akzentuiert wird – etwas Spezifisches meinen. Also: worin besteht seine Leistungsfähigkeit?

Zunächst lenkt er den Blick auf die mit dem *Raum* verbundene Symbolik. Unter dem Stichwort „symbolische Regionalpolitik“ rückt die Raummetaphorik in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Ganz in diesem Sinne lassen sich raumbezogene Identitätsmuster als Aspekte der Stabilisierung von Macht untersuchen. Es geht um die Frage, inwieweit Raumabstraktionen und -bilder als Elemente von Ordnungspolitik in modernen Gesellschaften fungieren.

Je nach normativem Hintergrund kann man sich dann um die schonungslose Kritik dieser verräumlichenden Ordnungsmuster bemühen oder die Funktionalität dieser diskursiven Techniken, ihre unerläßliche Aufgabe bei der Kompensation von Modernisierungsrisiken betonen. Letzterer Standpunkt scheint mir etwa von Weichhart vertreten zu werden. Er unterscheidet bei der Ausbildung raumbezogener Gruppenidentität zwei Typen, interaktive und symbolische Vernetzungen. Mit dem Begriff symbolische Gemeinschaft ist gemeint, „daß sich das Individuum die spezifischen Wertvorstellungen und Symbole des betreffenden Sozialsystems zu eigen

6 Siehe zu dieser Auffassung unter anderem B. Werlen, Die Gesellschaftliche Konstruktion der Region. Vortrag im Rahmen eines Kolloquiums des SFB 417. Leipzig 2000.

7 Vgl. H. Arendt, Vita activa oder Vom tätigen Leben, München 1981.

macht, ohne daß gleichzeitig ein spezifischer und weiterreichender Interaktionszusammenhang mit anderen Gruppenmitgliedern besteht.“⁸ Den Nutzen dieses symbolischen Gruppenzusammenhangs sieht Weichhart in der Identitätssicherheit, im Gefühl sozialer Geborgenheit. Daraus folgert er, daß raumbezogene Symbole ein wichtiges Medium der Ausbildung und Festigung von Gruppenkohärenz sind. Allerdings wird im gleichen Atemzug betont, daß solche symbolischen Gemeinschaften besonders anfällig sind für die Manipulation bzw. Außensteuerung, sie politischen Institutionen als Medium der Machterhaltung dienen.⁹

Ich kann diesem Standpunkt weitgehend folgen. Eine Frage stellt sich aus meiner Sicht aber dennoch: Ist die Funktion solcher symbolischen Inszenierungen zu reduzieren auf die kompensatorische, das heißt die Sicherung von Gruppenkohärenz und emotionaler Geborgenheit in einer entgrenzten Welt? Aus unserer Sicht bedarf diese Kompensationshypothese der Ergänzung. Unser weitergehender Vorschlag lautet: Symbolische Regionalpolitik stellt eine spezifische Mobilisierungsstrategie dar und ist insofern als Teil einer neuartigen Modernisierungsstrategie zu begreifen.

In Zusammenhang mit dieser These ist an eine weitere Diskussion in den Sozialwissenschaften, speziell der Politikwissenschaft, anzuschließen. Es geht um die Debatte zur Regionalisierung der regionalen Strukturpolitik. Bekanntlich gibt es bereits seit den achtziger Jahren in Westdeutschland im Zusammenhang mit der Umstrukturierung alter Industrieregionen eine Reihe von Versuchen, neue Formen der Regionalisierung zu initiieren.¹⁰ Diese Debatten mündeten in den neunziger Jahren in synthetisierenden Versuchen, ein gänzlich neues Konzept von Regionalpolitik zu entwickeln, worum sich besonders A. Benz, D. Fürst und andere verdient gemacht haben.

Ich kann die Etappen dieser Debatte hier aus Platzgründen nicht im einzelnen nachzeichnen.¹¹ Es soll nur schlagwortartig an die Ergebnisse der Diskussion erinnert werden. Unter regionaler Politik wird eine neue Form von Politik verstanden, die folgende Merkmale aufweist:

1. Die Region wird vom Objekt zur Arena bzw. zum Subjekt der Strukturpolitik („Regionalisierung der regionalen Strukturpolitik“).

8 P. Weichhart, *Raumbezogene Identität. Bausteine zu einer Theorie räumlich-sozialer Kognition und Identifikation*, Stuttgart 1990, S. 68.

9 Ebenda, S. 67ff.

10 Siehe F. Lehner/F. Schmidt-Bleek/H. Kilper (Hrsg.), *Regiovisionen. Neue Strategien für alte Industrieregionen*, München und Mering 1995.

11 Siehe D. Fürst, *Region in der Regionalpolitik – eine wirtschaftspolitische Sicht*, in: G. Brunn (Hrsg.), *Region und Regionsbildung in Europa* (Anm. 5), S. 69-83.

2. Diese neue Regionalisierung wird als Aspekt der ökonomischen und politischen Modernisierung aufgefaßt (sie unterscheidet sich von der rückwärtsgewandten Ethnisierung).

3. Im Regionsverständnis kommt es zu einem Paradigmenwechsel von politisch-administrativen Räumen zu regionalen kooperativen Netzwerken (die Regionalpolitik liegt quer zur Einteilung in Gebietskörperschaften und ist schwach institutionalisiert).

4. Regionale Politik bedeutet eine dreifache Grenzüberschreitung:

- zwischen den traditionellen Fachressorts der Politik,
- zwischen öffentlichen und privaten Akteuren,
- zwischen Land und Kommunen.¹²

Die Frage ist nun, welchen Platz die Thematisierung regionenbezogener Identifikationsprozesse in diesem Konzept von Regionalpolitik hat. Nach unserer Ansicht wird regionale Identität hier eher beiläufig in Zusammenhang mit den sogenannten „weichen“ Standortfaktoren erwähnt. „Regionalisierung“, heißt es, „ist auch als eine (...) Gratwanderung zu begreifen, in der intermediäre Akteure ‚harte‘ und ‚weiche‘ Steuerungsinstrumente in immer neuer Kombination nutzen müssen“.¹³ Es gehe darum, interne Vernetzungen herzustellen und zu stabilisieren, um die Transaktionskosten zu reduzieren: „Solche vernetzten wirtschaftlichen Strukturen bedürfen eines passenden politischen und kulturellen ‚Milieus‘, das Kommunikation, Kooperation und Innovation fördert. (...) die Identifikationsmöglichkeiten in einem Raum sind entscheidend dafür, in welchem Maße die Wirtschaft in einer Region Strukturen entwickeln kann“.¹⁴ Weiter heißt es: „Gemeinsame Erfahrungshintergründe in Regionen, gemeinsame Zuständigkeitsräume und regionale Identitäten begünstigen die Stabilisierung von Kooperation und den Aufbau von Vertrauen, welches das ‚soziale Kapital‘ (...) von Netzwerken bildet“.¹⁵

Es handelt sich insgesamt gesehen jedoch eher um in den Text eingestreute Nebenbemerkungen als um systematische Ausführungen. Kritikwürdig ist aus meiner Sicht vor allem, was Weller als generelles Manko vieler politikwissenschaftlicher Untersuchungen ansieht, nämlich, daß (regionale) Identität hier nur als unabhängige Variable betrachtet, also vor-

12 Vgl. A. Benz/E. Holtmann (Hrsg.), Gestaltung regionaler Politik. Empirische Befunde, Erklärungsansätze und Praxistransfer, Opladen 1998; A. Benz/D. Fürst/H. Kilper/D. Rehfeld, Regionalisierung. Theorie – Praxis – Perspektiven, Opladen 1999; F. Havighorst, Regionalisierung der Regionalpolitik, Hamburg/Münster 1998.

13 A. Benz u.a., Regionalisierung (Anm. 12), S. 111.

14 A. Benz/E. Holtmann (Hrsg.), Gestaltung regionaler Politik, Opladen 1998, S. 104.

15 A. Benz u.a., Regionalisierung (Anm. 12), S. 43.

ausgesetzt wird. Konstatiert wird von ihm bezogen auf sein Fachgebiet ein Desinteresse an den Identität konstituierenden Faktoren.¹⁶

Diese Defizite im referierten Regionalisierungsansatz sind aus unserer Sicht jedoch nicht zufällig – sie hängen mit der gewählten netzwerktheoretischen bzw. steuerungstheoretischen Perspektive zusammen. Worin besteht der „binde Fleck“ dieser Ansätze?

Zum einen: Obwohl andere Regionalisierungsmotive (wie das Demokratieproblem) erwähnt werden, geht es in diesem Ansatz der Regionalpolitik primär um wirtschaftliche Modernisierungsprozesse (um regionale Strukturpolitik), was den Blick für politische Handlungsfelder einschränkt. Das Modell bleibt weitgehend im elitentheoretischen Rahmen. Die Handlungskoordination und -aktivierung „relevanter Akteure“ in der Region steht im Mittelpunkt des Interesses.

Zudem ist die anvisierte regionale Zusammenarbeit eher problem- und projektbezogen und in der Regel schwach institutionalisiert. Das Problem besteht unter anderem darin, wie man diese Netze auf Dauer stellen kann – Voraussetzung dafür, daß sie ihre identifikatorische Wirkung entfalten. Wie die Autoren selbst einräumen, bilden Netzwerke eher funktionale Zweckbündnisse aus, denen die soziokulturelle Bindung der Bevölkerung fehlt. Das bedeutet: Mit Gebietskörperschaften kann man sich identifizieren, nicht aber mit eher im Hintergrund agierenden regionalen Netzwerken.¹⁷

Aus demokratietheoretischer Sicht nicht unproblematisch ist auch die vorgeschlagene Auslagerung der Regionalpolitik aus gebietskörperschaftlichen Strukturen in die Sphäre der Subpolitik. Sie begünstigt Tendenzen der Entpolitisierung der Entscheidungsprozesse. Es besteht die Gefahr, daß sich Politik in Form technokratisch verkürzter Politik der öffentlichen Kontrolle entzieht.¹⁸

Diese Bemerkungen legen die Schlußfolgerung nahe, daß gerade hinsichtlich der akzeptanzsichernden Funktion der Region als politisches Handlungsfeld – also im Hinblick auf ihre legitimationspolitische Funktion – die Regionen im Sinne regionaler Netzwerke überfordert sind. Im übrigen: Auch für die Hoffnung, daß diese Art von Region im umfassenden Sinne politischen Subjektstatus zu gewinnen vermag, scheint wenig Veranlassung zu bestehen. Dazu fehlt ihr als lose Interessenaggregation nicht nur die institutionelle Basis und die Legitimation, sondern auch das mobilisie-

16 C. Weller, Kollektive Identität in der internationalen Politik. Anmerkungen zur Konzeptualisierung eines modischen Begriffs, in: W. Reese-Schäfer (Hrsg.), Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung, Opladen 1999, S. 249ff.

17 Vgl. A. Benz u.a., Regionalisierung. (Anm. 12), S. 131.

18 Ebenda, S. 150.

rende Potential über eliteninterne Netzwerke hinaus. Die angesprochenen Defizite verweisen auf die Notwendigkeit symbolischer Regionalpolitik.

Ohne symbolische Regionalpolitik bleibt ein Problem unlösbar, das von Blotevogel und anderen wiederholt angesprochen wurde. Es geht um die Frage, wie sich politische Aktivitätsregionen mit lebensweltlichen Regionalisierungen, also mit „Wahrnehmungs- und Identitätsregionen“ vermitteln lassen.¹⁹ Die Aufgabe symbolischer Regionalpolitik ist es gerade, die systemischen Modernisierungserfordernisse mit den lebensweltlichen Orientierungsbedürfnissen von Individuen zur Deckung zu bringen.²⁰

Daß hier ein Problem vorliegt, wird aus jüngsten EMNID-Umfragen deutlich. Den Sachsen ist nämlich laut diesen Umfragen eine Politik des Abbaus der Arbeitslosigkeit und der sozialen Sicherheit wichtiger als eine Politik zur Förderung von Wissenschaft, Technik und Bewahrung der Umwelt. Das heißt, die für die Modernisierung einer Region zentralen Eckpunkte Wissenschaft, Technik und ökologische Erneuerung haben im Alltagsbewußtsein der Menschen in Sachsen nur nachgeordnete Bedeutung.²¹

Es zeigt sich, daß man die mentalen und kognitiven Qualitäten, die Verhaltensstandards, die für den Modernisierungsprozeß auf Seiten der Teilnehmer erforderlich sind, eben nicht voraussetzen kann – jedenfalls nicht in Sachsen. Insofern müssen sich beide Konzepte – Region gefaßt im Sinne kooperativer Netzwerke und Region im Sinne symbolischer Regionalpolitik – auch nicht notwendig ausschließen. Etwas selbstbewußter formuliert: Wir fangen dort an, wo andere Ansätze der Regionalpolitik aufhören.

Damit komme ich zu einem weiteren Schwerpunkt.

3. Regionenbezogene Identitätspolitik als Imagepolitik? Kontexte des sächsischen Identitätsdiskurses

Die These ist:

Trotz fließender Übergänge zu regionalen Marketingstrategien zielt regionenbezogene Identitätspolitik nicht primär auf Verkauf, sondern auf Herstellung. Es geht um die Produktion von Subjekten als Adressaten und Träger von Modernisierungsprozessen, um die Formierung des modernen, eigenverantwortlich handelnden Selbst. Insofern erweist sich Identitätspolitik

19 Vgl. H. H. Blotevogel, Auf dem Wege zu einer „Theorie der Regionalität“: Die Region als Forschungsgegenstand der Geographie, in: G. Brunn (Hrsg.), Region (Anm. 5), S. 44ff.

20 Ich stütze mich dabei auf eine entsprechende These von Ipsen (vgl. D. Ipsen, Region zwischen System und Lebenswelt, in: G. Brunn [Hrsg.], Region [Anm. 5], S. 112-118).

21 Vgl. Sommerbarometer für Sachsen. EMNID-Umfrage im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei, Juli 2000.

*tik als Teil eines neuartigen Machtdispositivs. Es handelt sich um eine Entwicklung weg von rigiden staatlichen Steuerungsverfahren hin zu Techniken der Selbststeuerung.*²²

Dabei gehe ich mit Assmann²³ davon aus, daß Identitätspolitik besonders in Zeiten sozialer und politischer Umbrüche, in denen bisher selbstverständliche Handlungsorientierungen brüchig werden, greift. Anders gesagt: Identität wird als gefährdete und somit wiederherzustellende Identität zum sozialen Problem und damit zum Gegenstand politischer Einflußnahme. Unter „regionenbezogener Identitätspolitik“ sollen deshalb nur solche politischen Aktivitäten verstanden werden, die in mehr oder weniger direkter Weise auf Identifikation mit der Region abzielen und sich dabei spezifischer symbolisch-diskursiver Verfahren bedienen. Dieser Begriff wäre abzuheben von nichtintendierten identifikatorischen Effekten, wie sie beispielsweise mit jeder halbwegs erfolgreichen regionalen Strukturpolitik einhergehen.

Um diese These zu belegen, habe ich die Kontexte und Motive des sächsischen Identitätsdiskurses untersucht. Neben anderen Texten wurde von mir die Textsorte Regierungserklärungen für den Zeitraum 1990–1999 ausgewertet. Ich habe mich also ganz bewußt nicht auf die Analyse der Außenpräsentation (die Imagebroschüren und die Internetpräsentation des Freistaates Sachsen) beschränkt. Ausgewählte Untersuchungsergebnisse sollen hier vorgestellt werden.

Ein erstes Analyseergebnis: In den Regierungserklärungen ist über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg ein mehr oder weniger ausgefeilter Identitätsdiskurs, der auf Identitätspolitik in dem von uns oben eingeführten Sinne hindeutet, nachzuweisen. Zu der durch politische Anstrengungen erreichten Erfolgsbilanz zählt der Redner nämlich auch – ich zitiere: „Wir haben (...) – und das ist eine wichtige kulturelle Entwicklung – unsere sächsische Identität wiedergewonnen“.²⁴

Ein weiteres Ergebnis: Es konnten zwölf Motive bzw. Kontexte der sächsischen Identitätspolitik in den untersuchten Texten nachgewiesen werden. Salopp formuliert: Der Sachse wird auf zwölf Ebenen hergestellt bzw. stabilisiert:

22 Vgl. zu diesem machtheoretischen Ansatz U. Bröckling/S. Krasmann/T. Lemke (Hrsg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a. M. 2000.

23 Vgl. J. Assmann, *Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen*, München 1997.

24 K. Biedenkopf, *Wir sind nicht der Osten, wir sind Sachsen*. Rede vor dem Sächsischen Landtag am 8. Dezember 1998, Dresden 1998, S. 15.

Erstens steht die Identitätspolitik in Zusammenhang mit den einschneidenden sozialen Wandlungsprozessen in Ostdeutschland nach der „Wende“: Diese führen zu gravierenden Orientierungsdefiziten bei der vom Umbruch betroffenen Bevölkerung. Es kommt zur Herausbildung einer „negativen Identität“ („Ostdeutscher“), die in massiven Versuchen ausgrenzender Identifikation (Fremdenfeindlichkeit) ihren kompensatorischen Ausdruck findet. Hier will Identitätspolitik gegensteuern, indem das defizitäre Selbstvertrauen dadurch stabilisiert wird, daß ein in der Vergangenheit wurzelndes positives Selbstbild – das Bild des seit jeher weltoffenen, fremdenfreundlichen Sachsen – entworfen wird: „Seit Jahrhunderten“, heißt es beispielsweise, „hat dieses Land Menschen aufgenommen, die ihre Heimat verlassen mußten“.²⁵

Zweitens fungiert Identitätspolitik in Form des Heimatdiskurses als Mobilitätsbremse: Identitätspolitik soll der Erzeugung besonderer Loyalitäten mit der Region dienen. Konkret geht es in der Nachwendezeit darum, daß besonders die jüngeren Bewohner trotz deutlich schlechterer Entwicklungschancen „im Lande bleiben“. Ohne diese Bereitschaft hier zu bleiben, so wird argumentiert, hat der Aufholprozeß im Osten keine Chance. Zwar wird Verständnis für die Menschen geäußert, die als Pendler oder Auszubildende ihren beruflichen Schwerpunkt in den alten Bundesländern gefunden haben. Es wird aber die Erwartung geäußert, daß sie ihre neu erworbenen Kenntnisse bei Entspannung auf dem Arbeitsmarkt „ihrem Land“ zur Verfügung stellen.²⁶

Drittens erweist sich Identitätspolitik als Herstellung psychischer Kompetenzen der Bewohner für (nachholende) Modernisierungsprozesse: Vor allem sollen die Menschen dazu ermutigt werden, „etwas zu unternehmen“. Für die Wiederherstellung der Fähigkeit zu Selbstverantwortung und Eigeninitiative – zu DDR-Zeiten massiv verschüttet – wird die sächsische Tradition bemüht: Die Sachsen, erfahren wir, haben sich schon immer durch besonderen Unternehmensgeist ausgezeichnet.²⁷ Dabei hat die Erzählung zwar die Form der „Wiederherstellung“. Inhaltlich handelt es sich jedoch um einen nach vorn gerichteten Mobilisierungsdiskurs.

Viertens stellt Identitätspolitik eine kulturelle Kompensation für Defizite und Lasten des ökonomischen Modernisierungsprozesses dar: Kultur wird im untersuchten Diskurs als das Substantielle, sich über die Zeiten Erhaltende dargestellt, das uns erst erlaubt, den mit der Moderne einhergehenden

25 K. Biedenkopf, Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 25. Oktober 1991, Dresden 1991, S. 1890.

26 Vgl. K. Biedenkopf, Mitten in Europa. Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 8. November 1990, Wiesbaden 1991, S. 30ff.

27 Ebenda, S. 35.

unaufhörlichen Wandel zu ertragen. Das heißt, das Konstrukt kultureller Identität fungiert im politischen Diskurs zugleich als Insel der Kontinuität und der Vertrautheit im Strom der ökonomischen und sozialen Transformationsprozesse.²⁸

Fünftens kann regionenbezogene Identitätspolitik als Versuch der Abwehr von Homogenisierungszumutungen im Zusammenhang mit „Europäisierung“ und „Globalisierung“ gewertet werden: Die Notwendigkeit der Identitätspolitik wird hier mit dem Hinweis auf Bedürfnisse nach besonderer Sinnstiftung und überschaubaren Lebenseinheiten im stark zentralistisch organisierten, bürokratischen Europa begründet. Sachsen, so die Argumentation, komme mit seiner besonderen Identität diesem Bedürfnis nach Orientierung entgegen. Vor allem auf die für Sachsen spezifische Verbindung von Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur wird in diesem Zusammenhang verwiesen.²⁹

Sechstens stellt Identitätspolitik sich als Versuch dar, die Defizite hinsichtlich des materiellen Lebensniveaus in Sachsen im Vergleich mit den alten Bundesländern zu kompensieren: Das politische Subjekt wendet sich gegen das aus seiner Sicht unrealistische Ziel der Angleichung der (ökonomisch definierten) Lebensverhältnisse Ostdeutschlands an die Westdeutschlands. Diese Rückstände würden in Sachsen durch viele nichtmaterielle Standortvorteile wie die reiche Kultur, Geschichte und Landschaft des Freistaates ausgeglichen. Die Bereitschaft der Menschen, füreinander da zu sein, sei für die Menschen in Sachsen ebenso wichtig wie die materielle Seite.³⁰

Siebtens kann Identitätspolitik als Versuch der Verhinderung der Ausprägung einer politisch unerwünschten „Ostidentität“ angesehen werden: Dem politischen Gegner PDS wird vor allem vorgeworfen, daß er an der Vorstellung „Ostdeutschland“ festhält und dazu auffordert, gegen den Westen zusammenzustehen. Diese Versuche der Neuschaffung einer „Ostidentität“ würden dazu führen, daß neue Gräben zwischen Ost und West aufbrechen. Damit würde die auch weiterhin notwendige Bereitschaft zu gesamtdeutscher Solidarität gefährdet. Diesen rückwärtsgerichteten Bemühungen wird entgegengehalten, daß Sachsen zwar ein Land in Ostdeutschland sei, es aber bei der Bewältigung der Vergangenheit eigene Wege gehe.³¹

28 Vgl. K. Biedenkopf, Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 25. Oktober 1991, Dresden 1991, S. 1889.

29 Vgl. K. Biedenkopf, Fünf Jahre Freistaat Sachsen im vereinten Deutschland. Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 5. Oktober 1995, Dresden 1995, S. 44.

30 Vgl. K. Biedenkopf, Wir sind nicht der Osten, wir sind Sachsen (Anm. 24), S. 45 f.

31 Ebenda, S. 16ff.

Achtens steht Identitätspolitik in Zusammenhang mit dem sächsischen Modelldiskurs: Gegen die Vorstellung bloßer Angleichungspolitik gewandt, wird betont, daß man einen besonderen sächsischen Weg gehen wolle, das heißt, daß man nicht die Fehler westdeutscher Bundesländer wiederholen, sondern eigene Wegmarken definieren werde. Zur „Identität“ Sachsens gehöre auch, daß es als „*neues*“ Bundesland noch nicht wie die alten Bundesländer unter Besitzstände aufgeteilt ist. Damit könne sich das Land als Vorreiter einer notwendigen Reform der ganzen Bundesrepublik betätigen.³²

Neuntens versucht Identitätspolitik das Wir-Gefühl im Rahmen einer imaginären Gemeinschaft der „Sachsen“ zu stärken: Insofern dient sie der Überbrückung innersächsischer Scheidungen, und das in dreifacher Hinsicht: Einmal geht es um Relativierung der *subregionalen* Differenzen (Vogtland, Erzgebirge, Oberlausitz etc.). Regionale und kulturelle Vielfalt wird zwar als Aspekt sächsischer Identität ausdrücklich hervorgehoben. Die spezifischen Kulturgemeinschaften – wie beispielsweise die Sorben – entfalten aber ihre Besonderheiten nur im Rahmen, und nicht außerhalb der sächsischen Einheit.³³ Zum anderen wird das Konstrukt „sächsische Identität“ dazu benutzt, um *politische* Differenzen im Innern der politischen Einheit Freistaat Sachsen zu eliminieren. Angesichts der Brisanz der Probleme, die man in Sachsen zu lösen habe, aber auch wegen der Tradition der Runden Tische in Sachsen wird die Opposition zur Mitarbeit am Aufbauwerk Sachsen eingeladen. Politik, so die Selbstdarstellung, solle sich nur noch an Sachfragen, die gemeinsam zum Wohle des Landes zu bewältigen sind, nicht mehr an Parteigrenzen orientieren.³⁴ Weiterhin geht es um die Auslöschung sozialer Differenzen. Identitätspolitik kann hier als Versuch der Installierung einer imaginären Verantwortungsgemeinschaft jenseits wohlfahrtsstaatlicher Fürsorge gewertet werden. Zur Verantwortung, wird ausgeführt, gehört immer auch die Verantwortung für diejenigen Mitmenschen, die sich nicht selbst helfen können.³⁵ In diesem Zusammenhang wird eine Umpolung sozialen Engagements vom Kollektiv (Staat) auf sogenannte kleine Lebenskreise – die Familie, die Kommune, die Region – gefordert.

Zehntens steht Identitätspolitik in Zusammenhang mit Versuchen der Neugestaltung des Bund-Länder-Europa-Verhältnisses: Es geht den regionalen Eliten um die Bewahrung oder Erringung des politischen Subjekt-Status, um (mehr) politische Gestaltungsspielräume. Hier sind auch die

32 Vgl. K. Biedenkopf, Mitten in Europa (Anm. 26), S. 40.

33 Ebenda, S. 62.

34 Ebenda, S. 36.

35 Vgl. K. Biedenkopf, Klarheit und Wahrhaftigkeit. Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 27. Oktober 1994, Dresden 1994, S. 59.

Forderungen nach Dezentralisierung und Regionalisierung einzuordnen. „Europa“, wird formuliert, „hat nur als Europa der Vielfalt und der Regionen eine wirkliche Zukunft.“³⁶ Dabei ist der politische Akteur, der politischen Subjektstatus gewinnen will, darauf angewiesen, eine besondere Identität der von ihm vertretenen Region und Bewohner zu konstruieren. Insofern hat jede Politik, die mehr sein will als umsetzende Gefolgschaft, Identitätspolitik zur Voraussetzung. Überspitzt formuliert: Der Souverän (das besondere Volk), dessen Interessen man als Politiker repräsentiert, wird durch homogenisierende und differenzierende Identitätspolitik erst geschaffen.

*Elfte*s etweist sich Identitätspolitik als politische Aktion zur Förderung des Verkaufs sächsischer Produkte: Der Stolz der Menschen auf ihr Land und dessen Produkte soll als Marketing-Argument genutzt werden.³⁷ Es geht also um eine bestimmte Vermarktungsstrategie, darum, das Nachfrageverhalten der sächsischen Bevölkerung zu verändern. Darüber hinaus soll diese Verbundenheit der Menschen mit ihrem Land als Argument beim Einwerben von auswärtigen Investoren genutzt werden.

*Zwölfte*s schließlich erweist sich Identitätspolitik als Aspekt der Standortpolitik: Ein wesentliches Ziel der von uns untersuchten Regionalpolitik ist die „Standortsicherung“, also das Bemühen, die eigene Region „Sachsen“ als attraktiven Wirtschaftsstandort im Wettbewerb der Regionen um das international fluktuierende Kapital zu präsentieren. Es geht um die Entwicklung eines positiven Images der Region. Identitätspolitik zielt dabei besonders auf die Bewahrung und Akzentuierung sogenannter weicher Standortfaktoren ab. Der Ort der Zukunftssicherung, so die Erzählung, sind die Menschen der Region. Mit seiner reichen Geschichte und seinem Humankapital verfüge Sachsen über viele immaterielle Standortvorteile. „Wir haben“, heißt es wörtlich, „keine Bodenschätze, wir haben kulturelle Schätze.“³⁸

Soviel zu den Kontexten des sächsischen Identitätsdiskurses. Fassen wir die Ergebnisse noch einmal unter den Aspekt der Differenz Identitätspolitik – Imagepolitik zusammen.

Wir hatten festgestellt, daß nur die beiden zuletzt genannten Motive direkt auf regionale Marketingstrategien verweisen. Identitätspolitik ist daher

36 K. Biedenkopf, Sachsen ist bereit für die Zukunft. Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 27. Oktober 1999, Dresden 1999, S. 57.

37 Vgl. K. Biedenkopf, Zu einigen aktuellen Schwierigkeiten einiger sächsischer Unternehmen. Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 28. März 1996, Dresden 1996, S. 2203.

38 K. Biedenkopf, Fünf Jahre Freistaat Sachsen im vereinten Deutschland (Anm. 29), S. 40ff.

nicht zu reduzieren auf Außendarstellung, auf Produktwerbung in Hochglanzformat. Sie entfaltet ihre Wirkung vor allem im Feld der „Innenpolitik“, und zwar im spezifischen Sinne der Formierung des individuellen Selbst. Dabei geht sie über das Feld „reiner“ Wirtschaftspolitik weit hinaus. Sie ist in eine Reihe anderer, im engeren Sinne politischer, Kontexte eingebunden. Es geht um Wählermehrheiten, politische Gestaltungsspielräume und soziale/politische Stabilität, einschließlich der Abwehr von Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.

Zudem kann Identitätspolitik nicht in gleichem Maße wie eine Imagekampagne (z.B. „Leipzig kommt“) in Auftrag gegeben werden. Natürlich, das ist ohne weiteres einzuräumen, kann das politische Subjekt eine auf die Region Sachsen bezogene Werbekampagne bezahlen. Dann würde für das Produkt „Sachsen“ dasselbe gelten wie für jedes andere Produkt. Ausgehend von einer Stärken-Schwächen-Analyse wird der Werbefachmann versuchen, sein Produkt mit einem positiven Image auszustatten, das relativ unabhängig von den tatsächlichen Gebrauchswerteigenschaften sein kann. Die Werbefachleute selbst müssen keine emotional positive Beziehung zum Produkt herstellen, es reicht, wenn diese Beziehung beim Adressaten erzeugt wird. Aber – und das verweist auf eine zentrale Differenz – der Politiker kann im Unterschied zum Werbefachmann, aber auch zum Firmeninhaber, wenn es um Identitätspolitik geht, nicht nur im Hintergrund agieren.

Zu glaubwürdiger Identitätspolitik gehören „sich verankernde“ politische Akteure. Ihre Akzeptanz ist davon abhängig, inwieweit sie sich glaubwürdig mit dem Produkt Sachsen und seinen Bewohnern identifizieren. Es handelt sich um öffentliche Akte der Identifikation, die dem Subjekt – das muß gegen den Manipulationsverdacht vorgebracht werden – auf Dauer selbst dann nicht äußerlich bleiben, wenn man einen strategischen Gebrauch der Identitätskonstrukte unterstellt.

Außerdem besitzt Identitätspolitik nicht dieselbe Kurzatmigkeit wie Imagekampagnen, die häufig auf einen zeitlich begrenzten Zeitraum hin angelegt sind. Imagekampagnen werden unter Umständen im bewußten Bruch mit der Tradition inszeniert – auch deshalb behalten sie für den Adressaten ihren erkennbar künstlichen, „gemachten“ Charakter. Politische Identitätskonstruktionen scheinen hingegen zu ihrer Stabilisierung in der Regel der Verlängerung in die Vergangenheit zu bedürfen. Nur so kann der Anschein eherner Dauer erzeugt werden – Voraussetzung dafür, die reflexive Distanz zum Verschwinden zu bringen und den Konstrukten Eingang in die Tiefensehichen des Selbst-Bewußtseins zu verschaffen.

Der letzte Gedanke leitet zu einer weiteren Frage über, mit der ich meinen Vortrag abschließen will.

4. Umstellung regionaler Identitätskonstruktion von der Vergangenheit auf die Zukunft? Zur Rolle der Ethnisierung

Ausgegangen wird von folgender These:

Um die auf die Bewältigung der Zukunft gerichteten modernen Verhaltenszumutungen lebensweltlich anschlussfähig zu machen, werden spezifische diskursive Techniken der Identitätskonstruktion verwandt, die in je besonderer Weise mit der Raummetaphorik arbeiten. Es lassen sich unter anderem die folgenden Verfahren unterscheiden:

- *Ethnisierung („sächsische Volkseigentümlichkeiten“)*
- *Wachstumsdiskurs („Sachsen als Erfolgsraum“)*
- *missionarischer Diskurs („Sachsen als Modellraum“)*
- *Personalisierung („Sachsen als Personalraum“)*
- *retrospektive Argumentation („Sachsen als Geschichtsraum“)*
- *prospektive Argumentation („Sachsen als Zukunftsraum“)*

Dabei dürfte die zuletzt genannte Technik – die prospektive Argumentation – am wenigsten unstritten sein. Als Bestandteil der neuen Regionalisierungspolitik wird in der Literatur relativ übereinstimmend auf die Notwendigkeit der Formulierung zukunftsfähiger Leitmodelle der Region („Regiovisionen“) verwiesen.³⁹ In diesem Zusammenhang wird eine Umstellung regionaler Identität von der Vergangenheit („historisch gewachsene“ ethnische Identitäten) auf die Zukunft („Programmregionen“) gefordert.

Unseres Erachtens vereinfacht diese Formel das moderne „Region-Making“ aber zu stark. So warnt Blotevogel vor der Vorstellung, man könne Regionen einfach wie ein neues Design auf dem Reißbrett entwerfen.⁴⁰

Auch die bei der Umstrukturierung alter Industrieregionen in Westdeutschland gewonnenen Erfahrungen liefern genügend Anlaß für Skepsis. Selbst von den beteiligten Akteuren wird als Manko dieser Regionalpolitik eingeschätzt, daß sie am wenigsten diejenigen erfaßt, die unmittelbar vom Strukturwandel betroffen sind. Zum Teil handele es sich um Paukenschlagsprojekte, die in ihrer Breitenwirkung beschränkt seien. Offen sei die Frage, wie es gelingen könne, die Menschen in die Zukunft mitzunehmen.⁴¹

Insofern ist es zwar unstrittig, daß ethnische Identitätskonstrukte einen zu engen Rahmen für die Begründung moderner Regionalpolitik liefern.

39 Vgl. F. Lehner u.a., Regiovisionen. Neue Strategien für alte Industrieregionen, München und Mering 1995.

40 Vgl. H. H. Blotevogel, Auf dem Wege zu einer „Theorie der Regionalität“ (Anm. 19), S. 44-68.

41 Vgl. F. Lehner u.a., Regiovisionen (Anm. 39), S. 118ff.

Andererseits aber liegen beim Konzept der Regiovisionen technokratische bzw. imagepolitische Verkürzungen nahe.

Aus diesem Befund läßt sich schlußfolgern: Um eine verhaltenswirksame Wirkung zu erzielen, müssen Regiovisionen auf persönliche Eigenschaften heruntergebrochen und in die Vergangenheit hinein verlängert werden. Insofern entfaltet die prospektive Argumentation ihre mobilisierende Kraft nur im Kontext anderer Verfahren der Identitätskonstruktion, die in je besonderer Weise mit Raumbildern und -abstraktionen arbeiten.

Und *ein* Verfahren neben anderen, das in diesem Zusammenhang zur Anwendung kommen kann, ist das *Verfahren der Ethnisierung*. Damit sind nicht „historisch gewachsene Herkunftsgemeinschaften“ gemeint, sondern spezifische diskursive Techniken als Bestandteil des politischen Diskurses. Unter „Ethnisierung“ soll eine bestimmte Art und Weise verstanden werden, eine Verbindung zu „unseren Vorfahren“ und damit eine Kontinuität zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft herzustellen. Und zwar werden den Bewohnern eines wie auch immer eingegrenzten Raumes relativ stabile, die Zeit übergreifende, vorwiegend positiv besetzte Eigenschaften und Verhaltensweisen zugesprochen, die als typisch für sie gelten (z.B. Stereotype des typisch Sächsischen).

Symptomatisch dafür ist die folgende Textstelle aus der ersten programmatischen Regierungserklärung Biedenkopfs 1990. Auf die Frage, was Sachsen in das geeinte Deutschland einbringt, antwortet der Redner: „Wir bringen das Wichtigste ein, was wir haben, nämlich uns selbst. Unser Land mit seinen Menschen, unsere Geschichte, unseren Unternehmensgeist, unsere Phantasie, unseren Witz (...) Seine Menschen und das Land werden die Identität der neuen Bundesrepublik mitprägen.“⁴²

Diese Erzählung typisch sächsischer Volkseigentümlichkeiten – so ein Ergebnis der Untersuchungen – durchzieht den gesamten Textkorpus. Aber, so wäre zu fragen, inwieweit läßt sich diese Ethnisierungsstrategie als Teil einer spezifischen regionalen Modernisierungsstrategie deuten? Die im politischen Diskurs verwendeten Beschreibungen des typisch Sächsischen stellen zwar scheinbar auf tatsächliche Verhaltensweisen des durchschnittlichen Sachsen ab, fungieren in Wahrheit aber als soziale Aktivitätsmatrizen. Vermittels der Form nach deskriptiver Aussagen („der Sachse ist tätig und industriös“) wird ein Sollen formuliert, werden Verhaltensstandards etabliert. Da es sich um positiv konnotierte Eigenschaftskomplexe handelt („der Sachse als Erfinder und Tüftler“), bieten sich diese den Adressaten für die Selbstbeschreibung und damit als Identifikationsthemen an.

42 K. Biedenkopf, Mitten in Europa (Anm. 26), S. 35.

Welche Eigenschaften und Verhaltensstandards sind es, die den Adressaten als „typisch sächsisch“ nahegelegt werden? Auf diese Frage kann hier nicht ausführlich eingegangen werden. Nur soviel sei gesagt: Gelobt werden die „Sächsinen und Sachsen“ besonders für „ihren Mut, ihre Initiativen, ihren Fleiß, ihre Beharrlichkeit und ihre Zuversicht“. Sachsens Erfolge, wird herangestellt, sind auf die besondere Einsatzbereitschaft der Menschen in Sachsen zurückzuführen.⁴³

Insbesondere aber eine sächsische Volkseigentümlichkeit wird vom politischen Subjekt immer wieder in den Vordergrund gerückt: Es geht um die Bereitschaft der Menschen, sich auf tiefgreifende Veränderungen einzustellen. Hervorgehoben wird der Mut der Sachsen zum Neuen, ihr Wille, sich umzustellen, sich neues Wissen und Qualifikationen anzueignen, ohne deshalb alles Neue kritiklos zu übernehmen.⁴⁴ Anlässlich des fünften Jahrestages der Neugründung des Freistaats Sachsen wird bilanziert: „Die Menschen haben in der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umwälzung der letzten fünf Jahre Kraft, Mobilität, Experimentierfreude, Wagemut und Mut zur Selbständigkeit bewiesen.“⁴⁵ In späteren Texten werden die Menschen dann zu noch mehr Eigeninitiative und Selbstverantwortung aufgefordert. Entscheidend, wird in einer Rede hervorgehoben, „ist die Bereitschaft von Menschen, selbst etwas zu unternehmen, aktiv zu werden, Risikobereitschaft zu entfalten“. Wir brauchen, heißt es weiter, „mehr Selbständigkeit, Unternehmmergeist und freie Entfaltung im wirtschaftlichen Bereich“.⁴⁶

Deutlich wird: Bei den zugeschriebenen bzw. geforderten Verhaltenseigenschaften des „typischen Sachsen“ geht es im Kern um Tugenden des modernen, flexiblen, selbstverantwortlich handelnden Menschen, der als „Unternehmer seiner selbst“ agiert.

Insofern ist der Identitätsdiskurs direkter Bestandteil einer spezifischen regionalen Modernisierungsstrategie, gerichtet auf die Mobilisierung der Bewohner.

Dabei sei allerdings vor jeder Blauäugigkeit, was die Wirkung dieses Diskurses auf die Adressaten betrifft, gewarnt. Letzteres zu untersuchen, wird weiterführenden Forschungen vorbehalten sein müssen.

43 Vgl. K. Biedenkopf, Wir sind nicht der Osten, wir sind Sachsen (Anm. 24), S. 4.

44 Vgl. K. Biedenkopf, Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 14. Oktober 1992, Dresden 1992, S. 3753.

45 Vgl. K. Biedenkopf, Fünf Jahre Freistaat Sachsen im vereinten Deutschland (Anm. 29), S. 5f.

46 K. Biedenkopf, Sachsens gerader Weg. Regierungserklärung vor dem Sächsischen Landtag am 24. Juni 1999, Dresden 1999, S. 4 f.